

# Wirtschaft im Wandel

5/2016

21. November 2016, 22. Jahrgang



Gerhard Heimpold **S. 97**

## Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel der JENOPTIK AG

Martin Altemeyer-Bartscher,  
Götz Zeddies **S. 93**  
Kalte Progression – Gefahr für die  
Stabilität der Schuldenbremse

Brigitte Loose **S. 101**  
IWH-Baumfrage im dritten Quartal  
2016: Ostdeutsches Baugewerbe in  
glänzender Stimmung

Birgit Schultz **S. 104**  
IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal  
2016: Konjunkturelle Dynamik im ostdeut-  
schen Verarbeitenden Gewerbe schwächt  
sich leicht ab

## Inhaltsverzeichnis

- 91**    Kommentar: Wirtschaftspolitik unter Trump: Strohfeuer oder andauernde Kontraktion?  
Reint E. Gropp
  
- 92**    Aktuelle Trends: Fremdenfeindlichkeit als Standortnachteil im Osten?  
Besonders viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in den Neuen Ländern  
Oliver Holtemöller, Felix Pohle
  
- 93**    Kalte Progression – Gefahr für die Stabilität der Schuldenbremse  
Martin Altemeyer-Bartscher, Götz Zeddies
  
- 97**    Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht –  
Das Beispiel der JENOPTIK AG  
Gerhard Heimpold
  
- 101**    IWH-Bauumfrage im dritten Quartal 2016:  
Ostdeutsches Baugewerbe in glänzender Stimmung  
Brigitte Loose
  
- 104**    IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal 2016:  
Konjunkturelle Dynamik im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe schwächt sich leicht ab  
Birgit Schultz
  
- 107**    2<sup>nd</sup> IWH-FIN-FIRE Workshop on Challenges to Financial Stability – ein Tagungsbericht  
Lena Tonzer
  
- 108**    13. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik – ein Tagungsbericht  
Mario Bossler, Eva Hank

## Wirtschaftspolitik unter Trump: Strohfeuer oder andauernde Kontraktion?

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Das wirtschaftspolitische Programm des künftigen US-Präsidenten Donald Trump ist schemenhaft und widersprüchlich. Zwei Punkte stechen bis jetzt heraus: Protektionismus und eine expansive Fiskalpolitik. Protektionismus würde einen langsameren Wachstumspfad für die US-amerikanische Wirtschaft implizieren, eine expansive Fiskalpolitik mit Steuersenkungen und einer starken Erhöhung der Infrastrukturausgaben würde, allerdings nur kurzfristig, das Gegenteil bedeuten. Diese Widersprüchlichkeit hat sich auch in der Reaktion der Finanzmärkte auf die überraschende Wahl Trumps gezeigt: In den ersten Stunden, als zunehmend klar wurde, dass Trump gewinnen würde, fielen die Aktienkurse. Futures (also Wetten auf die zukünftige Entwicklung des Indexes) für den Dow Jones, den wichtigsten Leitindex für amerikanische Aktien, zeigten, dass Marktteilnehmer Verluste von bis zu 10% erwarteten. Die Verluste waren so groß, dass der Handel ausgesetzt werden musste. Gleichzeitig fiel der US-Dollar relativ zu anderen wichtigen Währungen wie dem Euro. Die Marktteilnehmer schienen sich also zunächst auf die protektionistischen Aspekte des Trump'schen Wirtschaftsprogramms zu konzentrieren. Protektionismus führt zu höheren Preisen für die Konsumenten; deren verfügbares Einkommen sinkt, die Gewinne der Unternehmen sinken, die Wachstumsrate fällt. Langsameres Wachstum in den USA, verbunden mit höheren Handelsbeschränkungen, reduziert auch das Wachstum bei den wichtigsten Handelspartnern, wie zum Beispiel Deutschland.

Verblüffenderweise haben die Finanzmärkte allerdings noch in der Wahlnacht ihre Meinung geändert: Als das Ergebnis feststand, schwenkte der Markt mit ebenso großer Vehemenz in die andere Richtung und holte die Verluste noch im Laufe der Nacht fast ganz auf. In der darauffolgenden Woche verzeichneten die Aktienkurse an den wichtigsten Börsen der Welt signifikante Gewinne. Der US-Dollar stieg stark gegenüber anderen Währungen. Anscheinend hat sich nun die Strohfeuerperspektive auf die zu erwartende Wirtschaftspolitik durchgesetzt: Trump wird die Steuern senken und Staatsausgaben erhöhen. Das ist zwar nicht nachhaltig, aber kurzfristig käme es zu einem Wirtschaftsboom. Mittelfristig allerdings würde eine solche Politik zu einem klassischen

Boom-Bust-Zyklus führen: Die amerikanischen Staatsschulden, die sich wegen der Finanzkrise von vor einigen Jahren ohnehin schon auf einem hohen Niveau befinden, würden dramatisch steigen und die Wirtschaftspolitik anschließend in eine Konsolidierungsphase münden. Gleichzeitig haben die Marktteilnehmer sich auch an andere, weniger prominente Aspekte einer Trump'schen Wirtschaftspolitik erinnert: Ein Zurückfahren der Regulierung des Finanzsystems und ein Zurückfahren der Umweltpolitik der Obama-Administration mit einem Fokus auf alte, dreckige Energiequellen und wahrscheinlich einer Reduzierung der Energiekosten für Unternehmen und Haushalte. Klassische republikanische Rezepte eben. Wohin das führt, ist allerdings auch bekannt, siehe das Ende der Reagan-Jahre. Und Protektionismus passt zu einer Strohfeuer-Politik nun gar nicht.

Welchen Trump werden wir also in den nächsten Jahren erleben? Die Finanzmärkte scheinen zu glauben, dass Trump mit dem Protektionismus nicht ernst macht (vielleicht, weil ein republikanischer Kongress dem nicht viele Sympathien entgegenbringen würde), mit der expansiven Fiskalpolitik aber schon, da diese Politik im Kongress eher Zustimmung fände. Das mag so sein, sicher ist es allerdings nicht, und selbst wenn es so käme, wäre die Katerstimmung in ein paar Jahren programmiert. Vielleicht ist daher die Hauptlehre aus der Wahl Trumps, dass wir eine höhere Volatilität und größere Unsicherheit, weniger Vorhersehbarkeit erwarten dürfen. Das entspräche dann dem sprunghaften Charakter des neuen Präsidenten. Große Unsicherheit wiederum ist Gift für die Wirtschaft, da Unternehmen und Haushalte verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, wenn sie langfristige Anlage- und Investitionsentscheidungen treffen müssen. Ist diese Verlässlichkeit nicht gegeben, werden solche Entscheidungen gern vertagt, mit negativen Konsequenzen für die Wirtschaft. Man kann nur hoffen, dass diese ersten Anzeichen trügen.

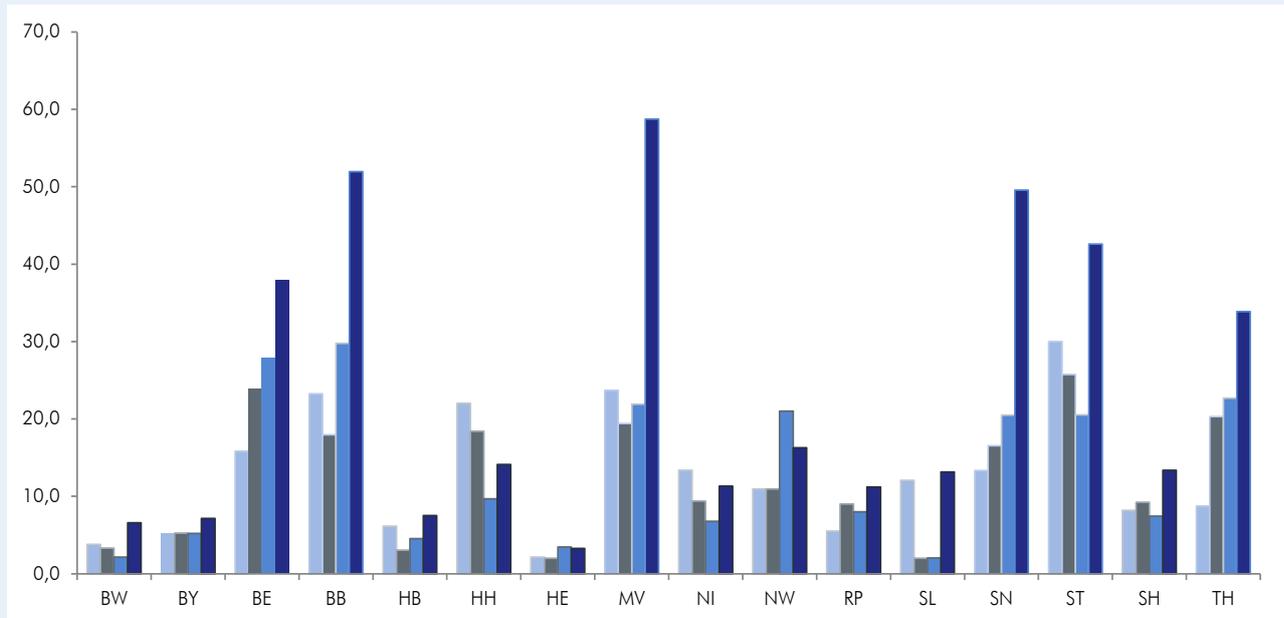
Übrigens: nicht alle Ankündigungen Trumps müssen zwangsläufig zum Nachteil Europas werden: Seine deutliche Aussprache gegen Immigration könnte Europa als Magnet für ausländische Experten und *high potentials* wieder attraktiver machen. 

# Aktuelle Trends: Fremdenfeindlichkeit als Standortnachteil im Osten? Besonders viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in den Neuen Ländern

Oliver Holtemöller, Felix Pohle

## Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund auf Länderebene

2012 bis 2015, je eine Million Einwohner



Quellen: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2013, 42 (2012 und 2013), Verfassungsschutzbericht 2015, 30 (2014 und 2015); Darstellung des IWH.

Ostdeutschland steht mit anderen Regionen im Wettbewerb um gut qualifizierte Arbeitskräfte. Insbesondere wissensintensive Bereiche (z. B. Universitäten, Forschungseinrichtungen und technologieorientierte Unternehmen) profitieren stark von qualifizierten Fachkräften aus der ganzen Welt.

Fremdenfeindlichkeit dürfte ausländische Fachkräfte jedoch abschrecken und die Attraktivität eines Standorts beeinträchtigen. Zahlen der Verfassungsschutzberichte 2013 und 2015 belegen, dass Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Ostdeutschland besonders ausgeprägt sind. Die Anzahl der Straftaten je eine Million Einwohner ist in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt höher als in Westdeutschland. Noch bedenklicher erscheint jedoch die Entwicklung dieser Kennziffer im Jahr 2015. Obwohl auch die Anzahl von Gewalttaten in Westdeutschland vielerorts gestiegen ist, zeichnet sich vor allem in Ostdeutschland ein düsteres Bild. Die auf die Einwohner bezogene Zahl rechts-extremistisch motivierter Gewalttaten hat sich in Ostdeutschland von 2012 bis 2015 mehr als verdoppelt.

Obwohl sich bisher noch keine Auswirkungen auf die Wirtschaft belegen lassen, ist zu befürchten, dass die zunehmende Gewalt den wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland gefährdet. 📌



**Professor Dr. Oliver Holtemöller**

Leiter der Abteilung Makroökonomik,  
Stellvertretender Präsident

[Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)



**Felix Pohle**

Abteilung Makroökonomik, wissenschaftlicher  
Referent des Stellvertretenden  
Präsidenten

[Felix.Pohle@iwh-halle.de](mailto:Felix.Pohle@iwh-halle.de)

# Kalte Progression – Gefahr für die Stabilität der Schuldenbremse

Martin Altemeyer-Bartscher, Götz Zeddies

Geringfügige Steuermehrbelastungen, die auf die kalte Progression bei der Einkommensteuer zurückzuführen sind, werden vom Steuerzahler kaum wahrgenommen und bieten dem deutschen Staat daher die Möglichkeit für schleichende Steuererhöhungen. Überschreiten die kumulierten Mehrbelastungen allerdings nach einigen Jahren eine kritische Schwelle, entsteht gewöhnlich ein politischer Druck für die Korrektur der kalten Progression. Wie im Beitrag gezeigt wird, kann die kalte Progression somit Auslöser eines Einnahmezyklus sein. Im Unterschied zu konjunkturbedingten Einnahmeschwankungen findet dieser Einnahmezyklus in den Regelungen zur Schuldenbremse keine Berücksichtigung. Ob die Regierungen eigenverantwortlich einen ausreichenden Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme einhalten, um diesen Schwankungen vorzubeugen, ist fraglich. Eine Indexierung des Steuertarifs, die eine automatische Korrektur der kalten Progression vorsieht, könnte derartige Schwankungen verhindern und für ein weniger volatiles Einkommensteueraufkommen sorgen.

*JEL-Klassifikation: E31, H24, H63*

*Schlagwörter: Schuldenbremse, Einkommensteuerreform, kalte Progression*

In regelmäßigen Abständen prägt in Deutschland eine Diskussion über Einkommensteuerentlastungen die politische Agenda. So wird auch in diesem Herbst erneut über eine Reform der Einkommensteuer debattiert. Die wesentliche Ursache für den immer wiederkehrenden Reformdruck ist die so genannte kalte Progression. Dabei handelt es sich um eine inflationsbedingte Verschärfung der Steuerlast, die immer dann entsteht, wenn das nominale (nicht inflationsbereinigte) Einkommen als Bemessungsgrundlage einer progressiven Einkommensteuer dient. In diesem Fall steigt der Durchschnittssteuersatz eines Haushalts nicht nur bei der Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit, sondern bereits bei einer Anpassung des Bruttolohns an die Inflation. So verschärft sich die Steuerlast von Haushalten selbst dann, wenn deren reales Bruttoeinkommen konstant bleibt.

Die Höhe der kalten Progression hängt von der Inflationsrate und vom Progressionsgrad des Steuertarifs in der jeweiligen Einkommensklasse ab. Im deutschen Steuersystem sind vor allem Bezieher mittlerer Einkommen von der Steuerlastverschärfung betroffen. Die kalte Progression wird hierzulande in der Regel nur in gewissen Zeitabständen korrigiert.<sup>1</sup> Zwi-

schzeitig kommt es daher zu einer allgemeinen Steuermehrbelastung und einer Veränderung der steuerlichen Lastenverteilung zwischen den einzelnen Einkommensgruppen. Das ständige Schwanken der Steuerlast, verursacht durch die kalte Progression und deren Korrektur nach einigen Jahren, ist aus verteilungspolitischer Sicht fragwürdig und mindert Leistungsanreize. Darüber hinaus nehmen die Steuerzahler den durch die kalte Progression verursachten realen Kaufkraftverlust zunächst nur bedingt wahr; dies kann zu Optimierungsfehlern bei Haushaltsentscheidungen führen.<sup>2</sup> Abhilfe könnte eine Indexierung des Steuertarifs schaffen. Die bereits in zahlreichen Staaten praktizierte automatische Korrektur der kalten Progression in jedem Haushaltsjahr wäre auch in Deutschland umsetzbar.<sup>3</sup>

Mittlerweile spricht ein weiteres Argument für eine Einkommensteuerindexierung – die Schuldenbremse. Bei konjunktureller Normallage schreibt diese für den Bund ab dem Jahr 2016 eine maximale Neuverschuldung von 0,35% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) vor. Die Bundesländer müssen im Rahmen der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 struk-

1 Abgesehen von der verfassungsrechtlich gebotenen Anpassung des steuerlichen Grund- und Kinderfreibetrags an das zur Absicherung des Existenzminimums notwendige Einkommen kann der Gesetzgeber in Deutschland die Korrekturen des Einkommensteuertarifs zum Ausgleich der kalten Progression nach eigenem Ermessen

durchführen, vgl. § 32a Abs. 1 Nr. 1 u. § 52 Abs. 41 Nr. 1 EStG.

2 Vgl. *Chetty, R.: The Simple Economics of Saliency and Taxation. NBER Working Paper 15246, 2009.*

3 Zu den folgenden Ausführungen vgl. *Altemeyer-Bartscher, M.; Zeddies, G.: Bracket Creeps – Bane or Boon for the Stability of Budget Rules? IWH-Diskussionspapiere Nr. 29/2016. Halle (Saale) 2016.*

turell ausgeglichene Haushalte vorweisen. Inwiefern die Schuldenbremse die öffentliche Verschuldung in Zukunft wirksam begrenzen kann, hängt von einigen institutionellen Rahmenbedingungen ab.<sup>4</sup> Vor allem sollten die Regierungen von Bund und Ländern die Möglichkeit haben, Einnahme- und Ausgabeschwankungen angemessen zu glätten. Konjunkturbedingten Einnahme- und Ausgabeschwankungen wird in den Regelungen zur deutschen Schuldenbremse Rechnung getragen; Einnahmeschwankungen, die auf die kalte Progression zurückzuführen sind, finden in der Schuldenbremse allerdings keine Berücksichtigung.<sup>5</sup>

## Steuereinnahmezyklus hat einen politischen ökonomischen Hintergrund

In komplexen und intransparenten Steuersystemen nehmen die Steuerzahler eine Variation der Steuerlast nicht immer vollständig wahr. Das trifft insbesondere für das Phänomen der kalten Progression zu. Empirische Studien zeigen, dass eine kleine inflationsbedingte Steigerung der Durchschnittssteuerlast von den Steuerzahlern kaum beachtet wird.<sup>6</sup> Diese fiskalische Illusion verleiht politischen Entscheidungsträgern die Möglichkeit, die Einkommensteuerlast zu erhöhen, ohne dass sich daraus wesentliche politische Widerstände oder Marktverzerrungen ergeben. Der Einsatz von steuerlichen Instrumenten, die von den Steuerzahlern und Wählern nur eingeschränkt wahrgenommen werden, steigert die effektive Finanzkraft, also die Fähigkeit einer Gebietskörperschaft, steuerliche Ressourcen zu heben.<sup>7</sup> Im konkreten Fall stellt die Nicht-Korrektur der kalten Progression eine Möglichkeit für die Regierungen von Bund und Ländern dar, die Steuerlast schleichend zu erhöhen.

Wird dieser Aspekt isoliert betrachtet, scheint die so erreichte Steigerung der effektiven Finanzkraft für die

zukünftige Einhaltung der Schuldenbremse eher förderlich zu sein. In der Tat bestehen gegen eine automatische Anpassung des Steuertarifs an die kalte Progression mit Hilfe eines indexierten Tarifs<sup>8</sup> in Deutschland Bedenken. So sieht beispielsweise das Bundesministerium der Finanzen die Gefahr, dass bei der Einführung einer Indexierung der Gesetzgeber „einen Teil der Budgethoheit verlieren“<sup>9</sup> würde.

Die fiskalische Illusion mit Blick auf die kalte Progression ist allerdings zeitlich begrenzt. Verhaltensökonomische Studien<sup>10</sup> zeigen, dass die Wahrnehmung der inflationsbedingten Steuerlastverschärfung ansteigt, wenn diese eine bestimmte Schwelle überschreitet und die Kaufkraft der Steuerzahler spürbar sinkt.<sup>11</sup> Der politische Druck für eine Steuerreform dürfte dann stetig zunehmen und Steuersenkungen zu einem wichtigen politischen Thema avancieren.

Der genaue Zeitpunkt einer Steuerentlastung hängt neben der wachsenden Sichtbarkeit der inflationsbedingten Steuer Mehrbelastungen meist auch von steuerpolitischen Versprechen ab, die sich im Rahmen von Wahlzyklen (*political budget cycles*) ergeben.<sup>12</sup> Es spricht also vieles dafür, dass Regierungen auch nach Einführung der Schuldenbremse die Vorteile einer schleichenden Steuererhöhung durch eine zeitweise Nicht-Korrektur der kalten Progression nutzen und somit weiterhin einen Einnahmezyklus verursachen. Doch welchen Stellenwert haben die Einnahmeeffekte der kalten Progression im Vergleich zur Konjunktur?

## Quantifizierung der Einnahmefluktuationen bei der deutschen Einkommensteuer

Im Folgenden werden die Einnahmeschwankungen bei der Lohnsteuer in drei Komponenten zerlegt:<sup>13</sup> erstens

4 Vgl. Hallerberg, M.; Strauch, R.; von Hagen, J.: The Design of Fiscal Rules and Forms of Governance in European Union Countries. *European Central Bank Working Paper Series*, Nr. 419, 2006.

5 Die Minimierung von Ausnahmetatbeständen bei der Schuldenregel ist positiv zu bewerten, weil dadurch die Umgehungsmöglichkeiten durch kreative Haushaltsführung und eine zu hohe Regelkomplexität verhindert werden. Vgl. Milesi-Ferretti, G. M.: Good, Bad or Ugly? On the Effects of Fiscal Rules with Creative Accounting, in: *Journal of Public Economics*, Vol. 88 (1-2), 2004, 377-394.

6 In der Vergangenheit wurden die Eckwerte des Einkommensteuertarifs nur alle paar Jahre verschoben. Die seit dem Jahr 1991 durch die kalte Progression aufgelaufenen Mehreinnahmen wurden dadurch jedoch nicht vollständig zurückgegeben. Vgl. Rietzler, K.; Teichmann, D.; Truger, A.: Abbau der kalten Progression: Nüchterne Analyse geboten, in: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 96 (12), 2014, 864-871.

7 Vgl. Bracco, E.; Porcelli, F.; Redoano, M.: Political Competition, Tax Salience and Accountability: Theory and some Evidence from Italy. *CESifo Working Paper Nr. 4167*. München 2013.

8 Bei einer indexierten Einkommensteuer würden die Tarifeckwerte in Höhe der Inflationsrate nach rechts verschoben, sodass die Durchschnittssteuersätze bei einer Lohnsteigerung in Höhe der Inflation konstant blieben.

9 Vgl. *Bundesministerium der Finanzen: Analysen und Berichte: Der Effekt der kalten Progression bei der Einkommensteuer. Monatsbericht des BMF, August 2015*. Berlin, 23.

10 Vgl. Fochmann, M.; Weimann, J.: The Effects of Tax Salience and Tax Experience on Individual Work Effort in a Framed Field Experiment, in: *FinanzArchiv, Public Finance Analysis*, Vol. 69 (4), 2013, 511-542.

11 Vgl. Heinemann, F.: After the Death of Inflation: Will Fiscal Drag Survive?, in: *Fiscal Studies*, Vol. 22 (4), 2001, 527-546.

12 Vgl. Shi, M.; Svensson, J.: Political Budget Cycles: Do they Differ Across Countries and Why?, in: *Journal of Public Economics*, Vol. 90 (8-9), 2006, 1367-1389. – Alt, J. E.; Lassen, D. D.: Fiscal Transparency, Political Parties, and Debt in OECD Countries, in: *European Economic Review*, Vol. 50 (6), 2006, 1403-1439.

13 Den folgenden Berechnungen zu den Wirkungen der kalten Progression wird ausschließlich die Lohnsteuer zugrunde gelegt. Die kalte Progression tritt auch bei der veranlagten Einkommensteuer auf,

in Einnahmesteigerungen, die durch die kalte Progression verursacht werden, zweitens in steuerreformbedingte Einnahmeveränderungen (darunter auch die Reformen zur Korrektur der kalten Progression) und drittens in konjunkturbedingte Einnahmeschwankungen.

### 1) Einnahmesteigerungen bei der Lohnsteuer infolge kalter Progression

Zur Berechnung der inflationsbedingten Zuwächse beim Lohnsteueraufkommen wird u. a. die Steueraufkommenselastizität  $\epsilon_{RWt}$  verwendet. Diese gibt den prozentualen Zuwachs des Lohnsteueraufkommens bei einer Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen um 1% an.<sup>14</sup> Unter der Annahme, dass die Löhne im Ausmaß der Inflation steigen, die Reallöhne also konstant bleiben, ergibt sich in Periode  $t$  bei einem progressiven Steuertarif ohne Indexierung das nominale Lohnsteueraufkommen  $R_t^{prog} = R_{t-1} \Delta p_t \epsilon_{RWt}$ , wobei  $\Delta p_t$  die Steigerung des Preisniveaus und  $R_{t-1}$  das Steueraufkommen in der Vorperiode darstellt. Ein indexierter Tarif, bei dem in jedem Jahr die Tarifeckwerte im Rahmen der Inflationsrate nach rechts verschoben werden, würde sicherstellen, dass sich die Steuerlast nicht verschärft, die Steueraufkommenselastizität also den Wert eins annimmt. Das nominale Lohnsteueraufkommen wäre dann  $R_t^{index} = R_{t-1} \Delta p_t$ . Die Mehreinnahmen aus der kalten Progression ergeben sich aus der Differenz von  $R_t^{prog}$  und  $R_t^{index}$  die dann noch um die Veränderung der Zahl der Beschäftigten korrigiert wird.<sup>15</sup> Die Mehreinnahmen aus der kalten Progression im Zeitraum von 1996 bis 2016 sind in Abbildung 1 dargestellt.

### 2) Steuerreformbedingte Einnahmeveränderungen bei der Lohnsteuer

Zur Quantifizierung der steuerreformbedingten Einnahmeveränderungen werden alle Einnahmeveränderungen (jeweils gegenüber dem Vorjahr) von 1996 bis 2016 ausgewiesen, die auf eine Veränderung des Steuerrechts zurückzuführen sind (vgl. Abbildung 1).<sup>16</sup> Es

jedoch ist das Steueraufkommen der veranlagten Einkommensteuer deutlich geringer als das der Lohnsteuer. Hinzu kommt, dass die Bemessungsgrundlage der veranlagten Einkommensteuer, die in erster Linie aus Gewinneinkünften besteht, aufgrund umfangreicher Gestaltungsmöglichkeiten schwer zu ermitteln ist.

14 Bei der hier verwendeten Steueraufkommenselastizität handelt es sich um den Durchschnitt über alle Einkommensklassen hinweg. Der Wert von 1,75 entspricht ungefähr dem Mittelwert aus verschiedenen empirischen Analysen. Vgl. z. B. Koester, G. B.; Priesmeier, C.: Estimating Dynamic Tax Revenue Elasticities for Germany. *Deutsche Bundesbank, Discussion Paper No. 23/2012*.

15 Für eine detaillierte Darstellung der Rechenschritte vgl. Altemeyer-Bartscher, M.; Zeddies, G., a. a. O.

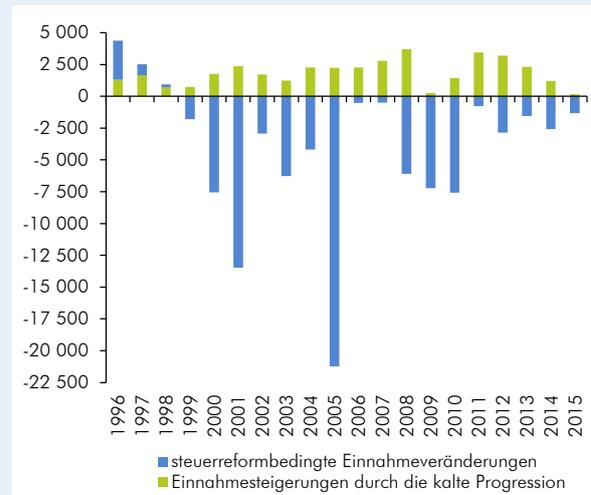
16 Vgl. *Bundesministerium der Finanzen: Finanzberichte, Ausgaben 1997-2016*, Berlin.

wird deutlich, dass es in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre insgesamt drei Phasen mit größeren Entlastungen bei der Lohnsteuer gab, nämlich in den Jahren 2000 und 2001, zwischen 2003 und 2005 sowie, als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, in den Jahren 2009 und 2010.

Abbildung 1

Einnahmeveränderungen bei der Einkommensteuer durch kalte Progression und Steuerreformen

1996 bis 2015, Deutschland (Bund, Länder und Gemeinden), in Mio. Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Darstellung des IWH.

### 3) Konjunkturbedingte Einnahmeschwankungen bei der Lohnsteuer

Die durch den Konjunkturzyklus bedingten Einnahmeschwankungen werden mit Hilfe des EU-Konjunkturberichtigungsverfahrens berechnet. Dabei wird auf Basis des Auslastungsgrads der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten der konjunkturelle Effekt auf die Lohnsteuereinnahmen berechnet.<sup>17</sup> In Abbildung 2 werden die konjunkturbedingten Einnahmeschwankungen nach dem EU-Verfahren abgebildet und mit dem Saldo aus den Komponenten 1 und 2 verglichen. Es zeigt sich, dass die kalte Progression und die nachgelagerten Steuerentlastungen spürbare Schwankungen bei den Lohnsteuereinnahmen verursachen, deren Dimension mit den konjunkturbedingten Einnahmeveränderungen vergleichbar ist.<sup>18</sup> Letztere sind im Rahmen der Schuldenbremse zulässig, sofern konjunkturbedingte Mindereinnahmen über den Konjunktur-

17 Vgl. Mourré, G.; Isbasoiu, G. M.; Paternoster, D.; Salto, M.: The Cyclically Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update. *European Commission. Economic Papers No. 478, 2013*.

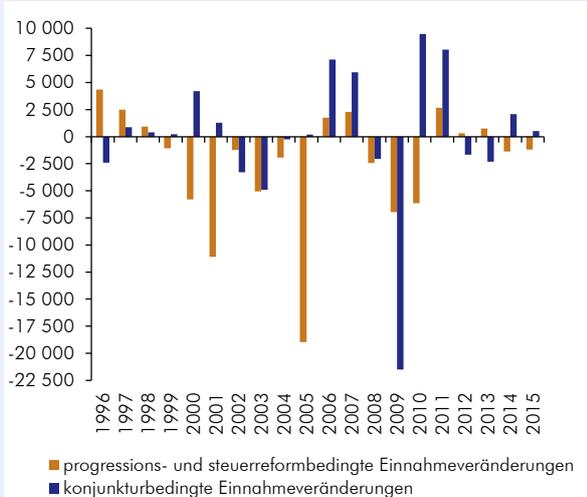
18 Dabei sind die Einnahmen aus der Einkommensteuer wie folgt quotiert: 42,5% (Bund), 42,5% (Länder) und 15% (Gemeinden).

zyklus hinweg durch entsprechende Mehreinnahmen ausgeglichen werden. Dagegen verändern Mehreinnahmen durch die kalte Progression ebenso wie Mindereinnahmen infolge von Steuertarifreformen den für die Schuldenbremse relevanten strukturellen Finanzierungssaldo.

### Abbildung 2

Konjunkturbedingte und steuertarifbedingte (Tarifänderungen und kalte Progression) Einnamenschwankungen bei der Lohnsteuer

1996 bis 2015, Deutschland (Bund, Länder und Gemeinden), in Mio. Euro



Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Darstellung des IWH.

## Indexierung des Einkommensteuertarifs zur Stabilisierung der Schuldenbremse

Die Schuldenbremse legt die zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (NKA) fest. Die Einhaltung der Schuldenbremse wird ex post ausgehend von der tatsächlichen NKA überprüft. Dabei wird letztere im Wesentlichen um die Konjunkturkomponente bereinigt, um daraus die tatsächliche strukturelle NKA zu berechnen. Mehreinnahmen aus der kalten Progression finden bei der Bereinigung der Steuereinnahmen ebenso keine Berücksichtigung wie Mindereinnahmen durch Tarifreformen zum Zwecke des Abbaus der kalten Progression. Während Mehreinnahmen aus der kalten Progression die Einhaltung der Schuldenbremse erleichtern, droht bei Steuerentlastungen die Gefahr, dass die Schuldenregel gebrochen wird.

In den Haushaltsplanungen wird, ausgehend von der maximal zulässigen strukturellen NKA, über die Konjunkturkomponente die in der jeweiligen konjunkturellen Situation zulässige NKA errechnet. Grundlage der Haushaltsplanungen von Bund und Ländern bildet

die Steuerschätzung, die stets auf dem steuerrechtlichen Status quo beruht und künftige Steuerrechtsänderungen, so auch Korrekturen der kalten Progression, nicht berücksichtigt. Auch hier besteht die Gefahr, dass, sofern Mehreinnahmen aus der kalten Progression vollständig verplant werden, bei einer Rückgabe derselben die Schuldenbremse gebrochen wird bzw. die Rückgabe mit Verweis auf die Schuldenbremse gänzlich ausbleibt. Folglich sollte in den Haushaltsplanungen stets ein Sicherheitsabstand zur errechneten maximal zulässigen NKA eingehalten werden, um Spielraum für Tarifanpassungen zu lassen.<sup>19</sup>

Sofern die kalte Progression in Deutschland weiterhin diskretionär korrigiert wird, können die damit verbundenen Einnamenschwankungen die Regierungen von Bund und Ländern also vor zusätzliche Herausforderungen bei der Einhaltung der Schuldenregel stellen. Verstöße wären dann wahrscheinlich. Doch bei regelmäßigen Verstößen durch eine Gruppe von Gebietskörperschaften besteht die Gefahr einer langfristigen Aushöhlung der Schuldenbremse. Die wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Implementierung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ist nämlich ihre breite Akzeptanz in der Finanzpolitik. Um die genannten Probleme zu umgehen, wäre eine Vermeidung progressionsbedingter Einnamenschwankungen durch eine geeignete Indexierung des Steuertarifs angebracht. 

<sup>19</sup> Auch in der entsprechenden Gesetzesbegründung wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein Sicherheitsabstand eingehalten werden sollte. Vgl. *Deutscher Bundestag: Gesetzesentwurf der CDU/CSU und SPD, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d)*. Bundesdrucksache 16/12410. Berlin 2009.



Juniorprofessor Dr. Martin Altemeyer-Bartscher  
Abteilung Makroökonomik

[Martin.Altemeyer-Bartscher@iwh-halle.de](mailto:Martin.Altemeyer-Bartscher@iwh-halle.de)



Dr. Götz Zeddies  
Abteilung Makroökonomik

[Goetz.Zeddies@iwh-halle.de](mailto:Goetz.Zeddies@iwh-halle.de)

# Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel der JENOPTIK AG

Gerhard Heimpold

Der Wirtschaftsstandort Jena in Thüringen wurde in der DDR durch den Stammbetrieb des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena dominiert, der optische Erzeugnisse und Präzisionsgeräte herstellte. In den letzten Jahren der DDR beauftragten die zentralen Planungsinstanzen der DDR das Kombinat auch mit der Herstellung von Ausrüstungen für die Herstellung mikroelektronischer Erzeugnisse. Nach dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen wurde die klassische optische Produktion im Zuge der Privatisierung an die westdeutsche Schwester des Jenaer Kombinats, die Firma Carl Zeiss in Oberkochen veräußert. Der andere Teil des Carl-Zeiss-Stammbetriebs firmierte als Jenoptik GmbH, ging in das Eigentum des Freistaats Thüringen über, wurde erfolgreich umstrukturiert und ist als JENOPTIK AG seit 1998 börsennotiert. Wichtig erscheint in der Retrospektive der Ansatz der Jenoptik GmbH und ihrer Führung, durch Ausgründungen und Attrahierung neuer Investoren eine vorteilhafte Ballung technologieintensiver Unternehmen am Standort Jena zu erreichen. Umgekehrt haben die Standortvorteile Jenas mit seinen leistungsfähigen Wissenschaftseinrichtungen die erfolgreiche JENOPTIK-Entwicklung begünstigt.

*JEL-Klassifikation: P20, R11*

*Schlagwörter: Ostdeutschland, industrieller Kern, Transformation, optische und elektronische Industrie, Forschung und Entwicklung, Investitionen*

Der Beitrag stellt die JENOPTIK AG mit Sitz in Jena, Thüringen, vor und setzt damit eine Artikelserie über industrielle Kerne in Ostdeutschland fort.<sup>1</sup> Zu den Kernen, deren Restrukturierung und Privatisierung damals viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog, gehörte auch das ehemalige Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, einst ein Vorzeigebetrieb der DDR-Wirtschaft.<sup>2</sup> Aus Teilen des Jenaer Stammbetriebs des Kombinats ist die JENOPTIK AG hervorgegangen, die eines der wenigen Beispiele des Erhalts und der Modernisierung eines Headquarter-Unternehmens in Ostdeutschland ist. Im Juni 1991 wurden dafür durch eine Grundsatzverein-

barung der Treuhandanstalt, des Freistaates Thüringen, des Landes Baden-Württemberg sowie der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH, der Carl Zeiss AG Oberkochen, dem Jenaer Glaswerk und den SCHOTT Glaswerken Mainz die Weichen gestellt.<sup>3</sup> 25 Jahre danach kann gefragt werden, was aus diesem industriellen Kern geworden ist und ob damals die Weichen so gestellt wurden, dass er auch langfristig gut für den internationalen Wettbewerb aufgestellt ist. Aus einer regionalökonomischen Perspektive kann dies als gegeben angesehen werden, wenn eine moderne Sach- und Humankapitalausstattung sowie ein zum Unternehmen passendes Unternehmensumfeld vorhanden sind und der Kern selbst möglichst auch über eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) verfügt. Daher wird im Folgenden vor allem auf

- die historischen Wurzeln,
- die Restrukturierungs- und Investitionsaktivitäten,
- die Beschäftigung,
- das regionale Umfeld und die überregionale Stellung des Unternehmens sowie dessen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

1 Im Rahmen dieser Artikelserie wurden bereits veröffentlicht: *Heimpold, G.*: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Chemiestandorts Bitterfeld-Wolfen, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (6), 2015, 110-113. – *ders.*: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Metallurgiestandorts Eisenhüttenstadt, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 22 (3), 2016, 57-60. – *ders.*: Im Fokus: Industrielle Kerne in Ostdeutschland und wie es dort heute aussieht – Das Beispiel des Chemiestandorts Schkopau, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 22 (4), 2016, 73-76.

2 Die Untersuchung dieses Fallbeispiels erfolgte im Zusammenhang mit der Mitwirkung des IWH im Korean German Research Network on Unification Studies, innerhalb dessen das IWH seit Frühjahr 2014 Erfahrungen der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands aufbereitet und mit Gesprächspartnern des Korea Institute for International Economic Policy (KIEP) und des Ministry of Strategy and Finance der Republik Korea diskutiert.

3 20 Jahre Wiedervereinigung bei Carl Zeiss — Eine Übersicht zu Schlüsselereignissen von 1989 bis 2011 (Texte der Zeitstrahlereignisse auf [www.zeiss.de/20jahre](http://www.zeiss.de/20jahre)).

eingegangen. Die Befassung mit diesem und anderen industriellen Kernen ist auch motiviert durch andere Forschungsarbeiten, die die Langfristeffekte der Industrialisierung zum Gegenstand haben.<sup>4</sup>

## Historische Ursprünge<sup>5</sup>

Die heutige JENOPTIK AG hat ihre Ursprünge in einem im Jahr 1846 von Carl Zeiss in Jena gegründeten Handwerksbetrieb zur Herstellung optischer Instrumente. Durch den Firmeneintritt von Ernst Abbe, einem Jenaer Universitätsprofessor, wurde die Gläserherstellung auf eine physikalisch-wissenschaftliche Grundlage gestellt. Letzterer gründete auch die Carl Zeiss Stiftung, in die die Firma Carl Zeiss und das Schott Glaswerk integriert wurden. Im Jahr 1948 gingen beide Unternehmen in Volkseigentum über; in Westdeutschland wurde in Oberkochen im Jahr 1946 ein Schwesterunternehmen gegründet, das seit Oktober 1947 unter dem Namen Carl Zeiss firmierte. Der als VEB Carl Zeiss Jena firmierende ostdeutsche Betrieb wurde im Jahr 1965 Stammbetrieb des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena, mit 25 Betrieben in Jena und an verschiedenen anderen Standorten in der DDR.<sup>6</sup> Über die klassische Produktion von optischen Produkten und Präzisionsgeräten hinaus wurde das Produktionsspektrum aufgrund zentraler Planvorgaben um die Herstellung von Ausrüstungen für die mikroelektronische Industrie erweitert.<sup>7</sup> Außerdem stellte das Jenaer Unternehmen militärische Ausrüstungen her.<sup>8</sup> Mitte 1990 erfolgte die Umwandlung des Stammbetriebs des Kombinats in die Rechtsform einer GmbH, die ab 10. September 1990 den Namen Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH trug, mit 13 Betrieben und 30 000 Beschäftigten. Die Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH

wurde geteilt. Die klassische optische Produktion, die seit Anfang Oktober 1991 als Carl-Zeiss Jena GmbH firmierte, ging im Zuge der Privatisierung an die Carl Zeiss AG (Oberkochen) über. Der andere Teil, die Jenoptik GmbH, fungierte als Rechtsnachfolgerin des Kombinats. Ihre Geschäftsbereiche waren „Optoelektronik, Systemtechnik und Präzisionsfertigung“.<sup>9</sup> Die Jenoptik GmbH sollte die Reste des ehemaligen Kombinats abwickeln.<sup>10</sup> Sie befand sich im Eigentum des Freistaats Thüringen. Dessen Regierung beauftragte den früheren Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth, mit der Geschäftsführung und Leitung der Umstrukturierung. Nach erfolgreicher Restrukturierung der Jenoptik GmbH und Umwandlung in eine AG erfolgte im Jahr 1998 der Börsengang.

## Sanierung und Investitionsaktivitäten

Für die Privatisierung des Stammbetriebs des ehemaligen Kombinats Carl Zeiss Jena standen zusammengekommen 3,6 Mrd. DM zur Verfügung, von denen drei Mrd. auf die Jenoptik GmbH und rund 600 Mio. auf die Carl Zeiss Jena GmbH entfielen.<sup>11</sup> Von den für die Jenoptik GmbH bestimmten Mitteln waren eine Mrd. DM zur Tilgung von Altkrediten, 800 Mio. DM für Sozialpläne, 100 Mio. DM als Rückstellungen zum Zwecke der Umweltsanierung, 600 Mio. DM als Verlustvortrag für das Jahr 1991 und 500 Mio. DM für Sanierungszwecke im Zeitraum bis 1995 bestimmt. Alexander von Witzleben, früherer Vorstandsvorsitzender der JENOPTIK AG, konstatierte, dass diese Gelder nicht für neue Produkte und Produktionsanlagen vorgesehen waren.<sup>12</sup> Dennoch gelang es, vorhandene Technologien weiterzuentwickeln und durch Unternehmensakquisitionen den Konzern weiter zu profilieren.<sup>13</sup> Der Finanzierung des Umbaus dienten neben der Veräußerung von nicht mehr betriebsnotwendigen Immobilien auch – aus heutiger Sicht – ungewöhn-

4 Vgl. Franck, R.; Galor, O.: Is Industrialization Conducive to Long-run Prosperity? Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. IZA Discussion Paper No. 9158. Bonn 2015.

5 Die Ausführungen in diesem Abschnitt fußen, sofern nichts anderes angegeben ist, auf Bohn, W.: Kombinat Carl Zeiss Jena. Das erste High-Tech-Valley der Geschichte, in: Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hrsg.), *Kombinate – Was aus ihnen geworden ist*. 1. Auflage, Verlag die Wirtschaft GmbH: Berlin, München 1993, 173-182. – Jenoptik, in: Wikipedia, die freie Enzyklopädie, zuletzt geändert am 16.02.2016, 20:53 Uhr. – Carl Zeiss Jena (Unternehmen), in: Wikipedia, die freie Enzyklopädie, zuletzt geändert am 29.07.2014, 17:38 Uhr. – Carl Zeiss (Unternehmen), in: Wikipedia, die freie Enzyklopädie, zuletzt geändert am 10.06.2015, 14:43 Uhr.

6 Vgl. Zentralgeleitete Kombinate der Industrie und des Bauwesens nach Ministerien. Stand 30.06.1990. Statistisches Betriebsregister der DDR, in: Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hrsg.), *Kombinate. Was aus ihnen geworden ist*, a. a. O., 377-381, hier speziell 378.

7 Vgl. Hermann, A.: *Jena und die Jenoptik. Vom Kombinat zum Global Player*. Econ-Verlag: Düsseldorf und München 1998, 93-96.

8 Vgl. ebenda, 89 f., 92 f.

9 Vgl. Jenoptik, a. a. O.

10 Witzleben, A. v.: Strategisches Innovationsmanagement eines Technologiekonzerns am Beispiel der JENOPTIK AG, in: K. Engel, M. Nippa (Hrsg.), *Innovationsmanagement. Von der Idee zum erfolgreichen Produkt*. Physica-Verlag: Heidelberg 2007, 75-93, hier speziell 76.

11 Die Informationen über die Finanzmittel fußen auf Büttner, S.: Privatisierung des ehemaligen Kombinates VEB Carl Zeiss Jena – Eine ordnungspolitische Analyse, in: Thüringer Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten (Hrsg.), *1. Thüringer Symposium „Transformationsprobleme – lösbar?!“* am 6. und 7. Mai 1994 in Erfurt – Tagungsband. Schriftenreihe des Thüringer Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten Bd. 4. Erfurt 1994, 201-218, hier speziell 206.

12 Vgl. Witzleben, A. v., a. a. O., 76.

13 Vgl. ebenda, 77.

liche Maßnahmen, etwa Wohnungsbauaktivitäten.<sup>14</sup> Zu diesem Zwecke wurde in der Sanierungsphase die JENOPTIK Bauentwicklung GmbH gegründet,<sup>15</sup> die später zwecks Konzentration auf die technologischen Kernaktivitäten wieder veräußert wurde.<sup>16</sup>

Zunächst musste die Jenoptik GmbH obsoletere Industriegebäude abreißen, um dadurch Platz für Neuansiedlungen zu schaffen.<sup>17</sup> Für die Attrahierung von Investoren wurde ein so genanntes Investorenzentrum eingerichtet, das beispielsweise nicht betriebsnotwendige Immobilien vermarktete und Unterstützung bei Behördengängen sowie bei der Personalakquisition gab. Bis Ende 1996 konnten durch diese Akquisitionsbemühungen in Jena 47 Investoren angeworben werden; 139 weitere Arbeitgeber waren Mieter von Jenoptik-Immobilien.<sup>18</sup>

Zum erfolgreichen Umbau der Jenoptik zu einem internationalen Konzern trugen ebenso verschiedene Zukäufe von Unternehmen bei, mit denen auch neue Vertriebskanäle erschlossen wurden, z. B. durch den Erwerb des Anlagenbauers Meissner+Wurst GmbH & Co. im Oktober 1994 oder des Unternehmens ESW-Extel Systems Wedel, das zum Bereich der „Zivil- und Verteidigungstechnik“ gehört, im November 1997.<sup>19</sup>

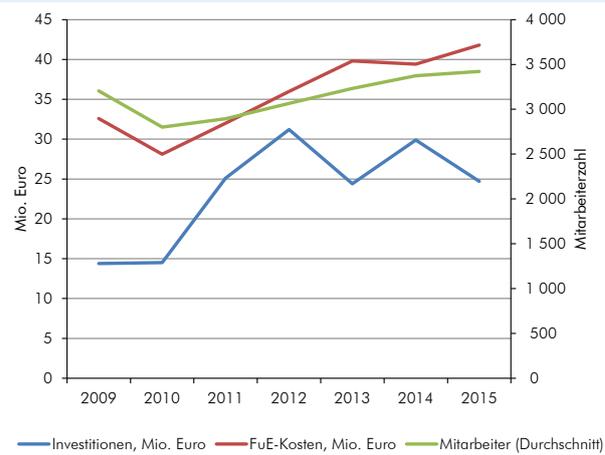
## Beschäftigung

Zum Zeitpunkt der Wende wurde die Belegschaft des Jenaer Stammbetriebs des Zeiss-Kombinats auf 27 000 beziffert.<sup>20</sup> Diese Zahl wuchs aufgrund von Rückkehrern aus Beschäftigungsverhältnissen, die bis dahin ruhten, bis 1991 sogar noch auf beinahe 30 000. Ein Interessenausgleich sah den Erhalt von 10 200 Arbeitsplätzen vor. Neben 1 400 Mitarbeitern bei Jenoptik sollten weitere 6 000 Arbeitsplätze durch neue Ansiedlungen von möglichst technologieintensiven Betrieben erhalten oder neu geschaffen werden. Die weiter oben in diesem Beitrag erwähnte Carl Zeiss

Jena GmbH sollte 2 800 Arbeitsplätze sichern. In einer Arbeitsplatzbilanz mit Stand Ende 1996 wird über 9 358 neue Arbeitsplätze bei Investoren und Mietern berichtet, zu denen rund 4 700 außerhalb Jenas hinzukamen. Im Zuge der Restrukturierung der Jenoptik GmbH wurde rund 17 500 Menschen mit Wirkung Ende Dezember 1991 gekündigt.

### Abbildung

Investitionen, FuE-Kosten und Mitarbeiterzahl in der JENOPTIK AG



Quelle: JENOPTIK: SHAPING THE MARKETS. GESCHÄFTSBERICHT 2015, 204. Darstellung des IWH.

In der JENOPTIK AG sind 3 512 Beschäftigte tätig (Ende 2015, einschließlich Auszubildende), Ende 2014 waren es 3 553.<sup>21</sup> Im Jahresdurchschnitt ist die Beschäftigtenzahl in der JENOPTIK AG auf 3 421 Beschäftigte im Jahr 2015 gegenüber 3 375 im Jahr 2014 gestiegen (vgl. Abbildung). Die Zahl der JENOPTIK-Beschäftigten an den Thüringer Standorten Jena und Triptis wird laut Angaben der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Jena mbH vom November 2016 auf über 1 700 beziffert.<sup>22</sup> Das Jenaer Unternehmen kann dabei auf einen großen regionalen Pool hochqualifizierter Beschäftigter zurückgreifen. Beim Anteil von Beschäftigten mit den Anforderungsniveaus „Spezialist“ oder „Experte“ an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt Jena beim Doppelten des ost- und beim 1,9-fachen des westdeutschen Wertes.<sup>23</sup>

14 Vgl. Späth, L.: Jenoptik – Die wahre Geschichte eines erfolgreichen Unternehmens, in: B. Breuel, M. C. Burda (Hrsg.), *Ohne historisches Vorbild. Die Treuhandanstalt 1990-1994. Eine kritische Würdigung*. 1. Auflage, Bostelmann & Siebenhaar Verlag: Berlin 2005, 97-113, hier speziell 106 f.

15 Vgl. Schleaf, H.: *Vom Kombinat zum Konzern. Die Umgestaltung des VEB Carl Zeiss Jena*, in: *Industrielle Beziehungen*, Jg. 4 (4), 1997, 335-350, hier speziell 346.

16 Vgl. *Jenoptik gibt Bauentwicklung auf*, in: *Der Tagesspiegel*, 28.01.1998.

17 Diese Angaben über die strukturpolitischen Aktivitäten der Jenoptik GmbH fußen auf Schleaf, H., a. a. O., 343-347.

18 Vgl. ebenda, 347.

19 Vgl. Witzleben, A. v.: *Innovationsmanagement bei der JENOPTIK AG*. CREMA-Seminar am 06.11.2006. *Folienpräsentation*, 9.

20 Die Angaben in diesem Absatz fußen auf: Schleaf, H., a. a. O., 335-350, hier speziell 339 f., 347.

21 Vgl. *Jenoptik: 2015 bestes Geschäftsjahr der jüngeren Jenoptik-Geschichte*. 22. März 2016.

22 Vgl. Wirtschaftsförderungsgesellschaft Jena mbH, in: W. Röpke, A. Stenzel, F. Foege (Hrsg.), *JENA. Daten und Fakten*, Stand: November 2016, 4.

23 Berechnungen des IWH auf der Grundlage von Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2016. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Bonn 2016.

## Regionale Umgebung, überregionaler Status und Forschung und Entwicklung

Die JENOPTIK AG und ihre Vorläufer sind sehr stark mit der wirtschaftlichen und städtischen Entwicklung in Jena verbunden. Die Jenoptik GmbH betrieb in den 1990er Jahren Strukturpolitik in und für Jena, die zur Gründung, Ansiedlung und Weiterentwicklung zahlreicher technologieorientierter Unternehmen in Jena beigetragen hat. Die Zahl der Beschäftigten in den Bereichen „Technologie“ und „Digitale Wirtschaft“, die offenbar auch Dienstleistungsunternehmen mit einschließt, wird von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Jena mbH mit mehr als 11 600 angegeben.<sup>24</sup> Die Unternehmen organisieren sich in Branchennetzwerken, beispielsweise dem Optik- und Photonik-Netzwerk OptoNet e. V. und dem Gesundheitstechnologie- und Medizintechnik-Netzwerk medways e. V. Die JENOPTIK AG hat sich als weltweit tätiger Photonik-Konzern mit der Zentrale in Jena, weiteren zehn Standorten in Deutschland und Präsenz in mehr als 80 Ländern weltweit profiliert.<sup>25</sup> Das Angebotsspektrum der JENOPTIK umfasst: Energiesysteme und Antriebstechnik, Industrielle Messtechnik, Kameras und Kameramodule, Laser und Lasertechnik, LED-Beleuchtung, Luftfahrtsysteme, Optik und Optische Systeme, Optoelektronik und opto-elektronische Systeme, Sicherheits- und Verteidigungstechnik, Verkehrssicherheitssysteme.<sup>26</sup>

Es liegt in der Natur dieses Leistungsspektrums, dass eigene Forschung und Entwicklung (FuE) für die JENOPTIK AG eine zentrale Rolle spielen.<sup>27</sup> Die Forschungskosten liegen im Zeitraum von 2009 bis 2015 regelmäßig über den Investitionen (vgl. Abbildung). Im Jahr 2015 sind 425 Mitarbeiter in FuE tätig, was 11,7% der Gesamtmitarbeiterzahl entspricht. Darüber hinaus kooperiert die JENOPTIK AG mit zahlreichen Partnern aus universitären und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen und der Industrie. Von den auszugswise im Geschäftsbericht 2015 genannten elf FuE-Partnern des öffentlichen Bereichs haben fünf ihren Sitz in Jena beziehungsweise Thüringen: die Friedrich-Schiller Universität Jena, das Fraunhofer-

Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik (IOF), das Leibniz-Institut für Photonische Technologien (IPHT), die Ernst-Abbe-Hochschule Jena und die Technische Universität Ilmenau. Der Konzern setzt auf Innovationen sowie Internationalisierung. Die JENOPTIK AG muss dabei nach eigenen Angaben, wie andere Unternehmen auch, unter herausfordernden Rahmenbedingungen politischer und ökonomischer Natur, etwa durch EU-Regulierungen, die Finanzmärkte, die Entwicklungen in den BRIC-Ländern sowie die geopolitischen Konflikte agieren.<sup>28</sup>

Die JENOPTIK AG verkörpert, was mit der Politik zum Erhalt industrieller Kerne eigentlich intendiert war: Erhalt und Restrukturierung eines Nukleus industrieller Aktivitäten, in dessen Umfeld sich weitere Investoren ansiedeln oder Gründungen erfolgen. Die heutige JENOPTIK AG ist einer der wenigen Fälle im Osten Deutschlands, bei denen im Zuge der Privatisierung aus einem Kombiats-Stammbetrieb eine Konzernzentrale entwickelt werden konnte, die ansonsten im Osten Deutschlands auch mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit eher rar sind. Die Startbedingungen – geringe Produktivität, Umsatzrückgänge und Verluste nach Einführung der DM – waren typisch für die meisten ehemaligen volkseigenen Betriebe. Dass sich im Falle der JENOPTIK AG die Dinge zum Besseren wendeten, wird von Beobachtern auch dem unternehmerischen Geschick von Lothar Späth als dem damaligen Verantwortlichen für die Restrukturierung der Jenoptik GmbH zugeschrieben. Als nicht weniger bedeutsam kann angesehen werden, dass auch Ansiedlungen und Gründungen im regionalen Umfeld unterstützt und die Konzernstruktur durch Zukäufe ergänzt wurden. Außerdem setzt das Unternehmen auf Humankapital und Forschung und nicht nur auf modernes Sachkapital. Jena bietet mit seiner Ballung von technologieintensiven Unternehmen, hochqualifizierten Beschäftigten und einer leistungsfähigen Wissenschaftslandschaft sehr gute regionale Entwicklungsbedingungen. 

<sup>28</sup> Vgl. *JENOPTIK: 2015 bestes Geschäftsjahr der jüngeren Jenoptik-Geschichte*, 22. März 2016, a. a. O.

<sup>24</sup> Vgl. zu diesen und den anderen Informationen in diesem Absatz: Wirtschaftsförderungsgesellschaft Jena mbH, in: W. Röpke, A. Stenzel (Hrsg.), *JENA. Daten und Fakten*, a. a. O., 5.

<sup>25</sup> Die Angaben in diesem Absatz wurden der Firmenwebsite der JENOPTIK AG entnommen. Vgl. <https://www.jenoptik.de/>.

<sup>26</sup> Vgl. *JENOPTIK: Produkte und Lösungen*, in: <https://www.jenoptik.de/produkte>.

<sup>27</sup> Die Fakten und Zahlen in diesem Abschnitt fußen auf *JENOPTIK: SHAPING THE MARKETS. GESCHÄFTSBERICHT 2015*, a. a. O., 70 f., 204.



**Dr. Gerhard Heimpold**

Stellvertretender Leiter der Abteilung  
Strukturwandel und Produktivität

[Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de](mailto:Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)

# IWH-Baumfrage im dritten Quartal 2016: Ostdeutsches Baugewerbe in glänzender Stimmung

Brigitte Loose

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut Umfrage des IWH im Sommer 2016 nochmals verbessert. Sowohl die Lage als auch die Aussichten erreichen neue Höchstwerte seit Beginn der Umfrage im Jahr 1993. Dabei setzt die Geschäftslage ihren Höhenflug vom Frühjahr weiter fort (vgl. Abbildung 1). Die Geschäftsaussichten, die zunächst dreimal in Folge auf hohem Niveau stagnierten, lassen nun auf eine weitere Verbesserung der Lage im nächsten halben Jahr schließen.

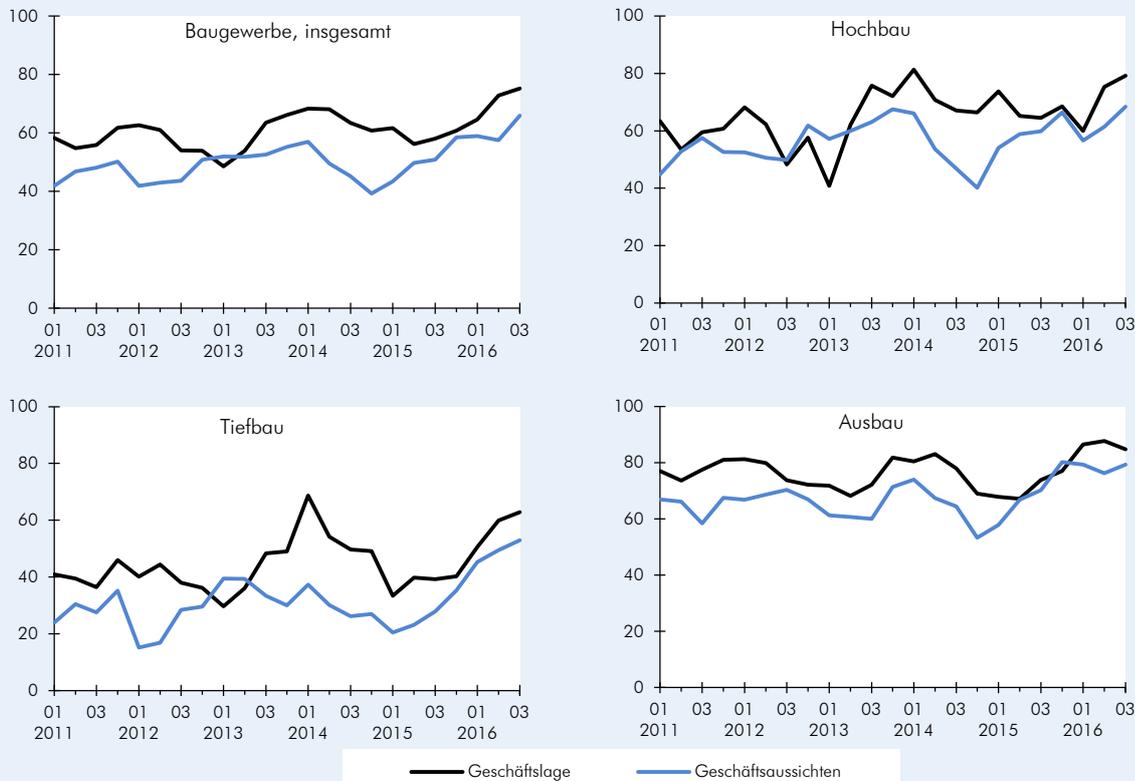
Die Stimmung verbesserte sich auch hinsichtlich aller ergänzenden Indikatoren. Der Optimismus rührt derzeit aber weniger von der Auftragslage her, die

schon seit längerem aufwärtsgerichtet ist und sich nun nur noch wenig verbessert (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Vielmehr stellt sich im Sog dieser Entwicklung nun vor allem auch ein verbreiteter Optimismus hinsichtlich der finanziellen Indikatoren ein: Angesichts hoher Auftragsbestände bleiben die Produktionsaussichten gut und ziehen die Erwartung solider Erträge nach sich. Die Bauunternehmen hoben ihre Ertragerwartungen um 19 Saldenpunkte kräftig an, ihre Liquidität bewerteten sie mit sieben Saldenpunkten ebenfalls deutlich günstiger als zuvor.

Der Aufschwung am Bau steht dabei auf breiter Basis. Im *Hoch-* und *Tiefbau* haben sich die Geschäftslage

**Abbildung 1**  
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#).

Quelle: IWH-Baumfragen.

**Tabelle**  
**Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe**  
 Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte

	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15	4/15	1/16	2/16	3/16
<b>Baugewerbe</b>									
Lage	63	61	62	56	58	61	65	73	75
Aussichten	45	39	43	50	51	59	59	58	66
Produktion	60	58	57	49	49	49	49	67	71
Auftragslage	68	64	60	61	62	64	72	77	78
Liquidität	46	52	44	54	55	50	54	57	64
Baupreise	-30	-31	-29	-26	-28	-25	-22	-16	-13
Produktionserwartungen	45	39	40	45	42	53	50	57	74
Ertragserwartungen	28	21	27	33	25	40	34	41	60
Baupreiserwartungen	-36	-35	-26	-31	-26	-22	-31	-13	-13
<b>Hochbau</b>									
Lage	67	66	74	65	65	69	60	75	79
Aussichten	47	40	54	59	60	66	57	61	68
Produktion	62	61	65	61	60	61	57	71	69
Auftragslage	69	68	66	66	67	66	73	79	75
Liquidität	39	47	53	56	53	51	55	58	64
Baupreise	-24	-22	-15	-16	-12	-21	-20	-12	-27
Produktionserwartungen	43	48	48	54	57	60	58	64	72
Ertragserwartungen	35	30	38	48	37	45	38	44	53
Baupreiserwartungen	-33	-31	-30	-25	-21	-21	-20	-14	-21
<b>Tiebbau</b>									
Lage	50	49	33	40	39	40	51	60	63
Aussichten	26	27	20	23	28	35	45	49	53
Produktion	43	43	31	21	31	29	46	59	58
Auftragslage	54	52	41	45	48	46	58	66	70
Liquidität	35	42	30	40	44	41	50	46	55
Baupreise	-54	-49	-51	-49	-48	-49	-47	-38	-25
Produktionserwartungen	28	20	16	28	24	38	38	40	57
Ertragserwartungen	-1	-8	-1	5	3	18	7	17	32
Baupreiserwartungen	-57	-49	-44	-53	-37	-40	-45	-31	-34
<b>Ausbau</b>									
Lage	78	69	68	67	74	77	86	88	85
Aussichten	64	53	58	67	70	80	79	76	79
Produktion	75	71	67	69	67	67	82	82	87
Auftragslage	81	70	71	72	74	82	88	91	89
Liquidität	53	59	62	57	64	56	66	68	70
Baupreise	-19	-21	-18	-11	-9	2	5	8	7
Produktionserwartungen	60	55	57	61	70	74	75	76	85
Ertragserwartungen	43	41	49	49	63	69	67	74	81
Baupreiserwartungen	-23	-22	-13	-13	-2	7	8	17	18

<sup>a</sup> Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#).  
 Quelle: IWH-Baumfragen.



# IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal 2016: Konjunkturelle Dynamik im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe schwächt sich leicht ab

Birgit Schultz

Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich die Geschäftslage weiter verbessert. Sie ist damit fast auf dem Höchststand des Jahres 2007. Das zeigen die Ergebnisse der IWH-Umfrage vom dritten Quartal 2016 unter rund 300 Unternehmen. Per saldo verbesserte sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage um vier Punkte, nachdem sie im Quartal zuvor sogar um sechs Punkte zugelegt hatte. Die Geschäftsaussichten gingen hingegen zuletzt ein wenig zurück (vgl. Abbildung 1 und Tabelle).

Die leichte Eintrübung der Aussichten dürfte wohl der etwas verschlechterten Auftragslage der Unternehmen geschuldet sein. Der Saldo aus positiven und ne-

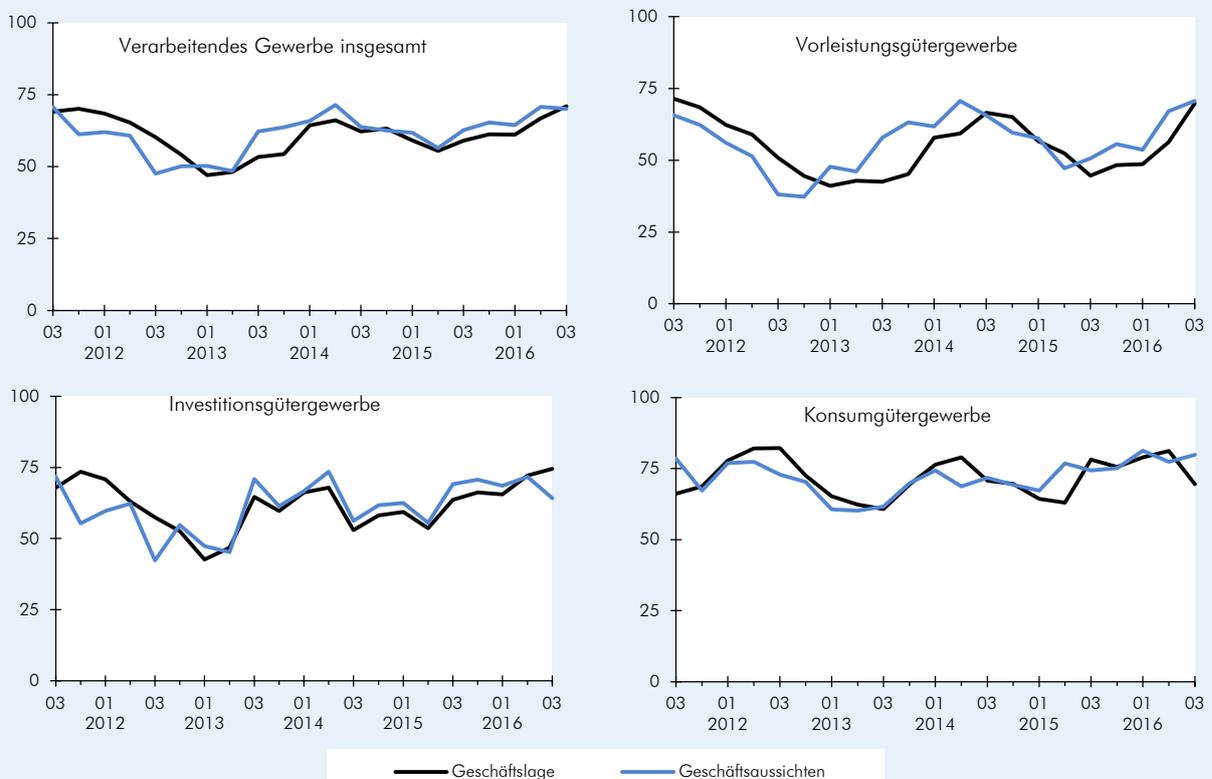
gativen Einschätzungen liegt zwar weiterhin über dem langjährigen Mittel, er hat jedoch vier Punkte gegenüber der Vorperiode nachgegeben (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Die Produktionserwartungen stagnierten auf hohem Stand, die Ertragserwartungen wurden im dritten Quartal 2016 von den Unternehmen leicht nach unten korrigiert. Die aktuelle Produktionslage und die Liquiditätssituation wurden wohl wegen der zuvor kräftig gestiegenen Aufträge nochmals besser eingeschätzt.

In den drei fachlichen Hauptgruppen hat sich die Beurteilung der Auftragslage im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal überwiegend verschlech-

**Abbildung 1**

## Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#).

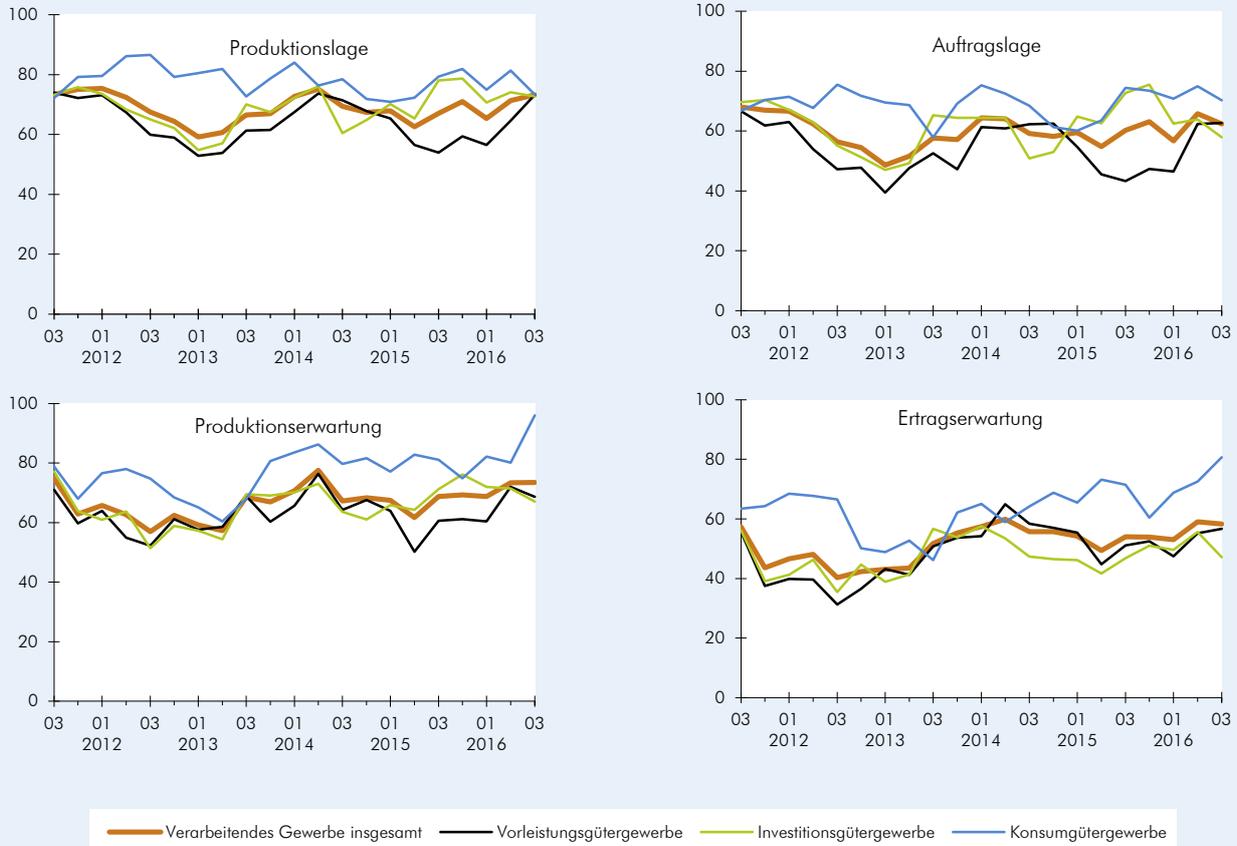
Quelle: IWH-Industrienumfragen.

**Tabelle****Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe**Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte

	3/14	4/14	1/15	2/15	3/15	4/15	1/16	2/16	3/16
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>									
Lage	62	63	59	55	59	61	61	67	71
Aussichten	64	63	62	56	63	65	64	71	70
Produktion	69	67	68	63	67	71	65	71	73
Auftragslage	59	58	60	55	60	63	57	66	62
Liquidität	60	57	63	63	62	64	63	68	70
Produktionserwartungen	67	68	67	62	69	69	69	73	73
Ertragserwartungen	56	56	54	49	54	54	53	59	58
<b>Vorleistungsgewerbe</b>									
Lage	67	65	57	52	45	48	49	56	70
Aussichten	66	60	58	47	51	56	54	67	71
Produktion	71	68	65	57	54	59	57	65	73
Auftragslage	62	63	55	46	43	47	46	62	63
Liquidität	57	54	58	62	56	59	59	56	63
Produktionserwartungen	64	68	64	50	61	61	60	72	69
Ertragserwartungen	58	57	55	45	51	52	47	55	57
<b>Investitionsgütergewerbe</b>									
Lage	53	58	59	54	64	66	66	72	75
Aussichten	56	62	62	56	69	71	69	72	64
Produktion	60	65	70	65	78	79	71	74	73
Auftragslage	51	53	65	63	73	75	63	64	58
Liquidität	59	51	57	53	56	63	62	77	75
Produktionserwartungen	64	61	66	64	71	76	72	71	67
Ertragserwartungen	47	46	46	42	47	51	50	56	47
<b>Konsumgütergewerbe</b>									
Lage	71	70	64	63	78	76	79	81	70
Aussichten	72	69	67	77	74	75	81	77	80
Produktion	78	72	71	72	79	82	75	81	73
Auftragslage	68	61	60	64	74	73	71	75	70
Liquidität	70	76	85	80	81	75	74	79	76
Produktionserwartungen	80	82	77	83	81	75	82	80	96
Ertragserwartungen	64	69	66	73	71	60	69	72	81

<sup>a</sup> Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#).

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

**Abbildung 2****Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen laut IWH-Industrienumfragen**Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte

<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#).

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

tert. So gingen im Investitions- und im Konsumgütergewerbe die Salden aus positiven und negativen Einschätzungen deutlich zurück. Nur im Vorleistungsgütergewerbe hielt sich die Auftragslage in etwa auf Vorquartalsniveau. Das dürfte auch zur weiteren Aufhellung der Aussichten beigetragen haben. Im Investitionsgütergewerbe hat sich die Lage zwar auch nochmals leicht verbessert, jedoch trübten sich hier die Geschäftsaussichten deutlich ein. Die Konsumgüterproduzenten bewerteten hingegen ihre aktuelle Lage etwas ungünstiger, die Aussichten hellten sich allerdings wieder auf.

Insgesamt berichteten die Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes von einer weiter verbesserten Produktionslage und gaben eine günstigere Liquiditätseinschätzung ab. Die Auftragslage und die Produktionserwartungen haben sich hingegen leicht verschlechtert (vgl. Tabelle). Alles in allem scheint sich die ostdeutsche Industrie damit weiterhin im kon-

junkturrellen Aufschwung zu befinden. Jedoch wird sich dieser wohl demnächst etwas abschwächen. 

**Birgit Schultz**

Abteilung Makroökonomik

[Birgit.Schultz@iwh-halle.de](mailto:Birgit.Schultz@iwh-halle.de)

## 2<sup>nd</sup> IWH-FIN-FIRE Workshop on Challenges to Financial Stability – ein Tagungsbericht

Lena Tonzer

Anknüpfend an den ersten gelungenen IWH-FIN-FIRE Workshop im Jahr 2015 fand am 8. und 9. September 2016 in den Räumen des IWH in Halle (Saale) zum zweiten Mal der vom IWH sowie dem „FIRE“ Research Center der Frankfurt School of Finance & Management gemeinschaftlich organisierte Workshop statt. Nach den Begrüßungsworten des neuen Abteilungsleiters der Abteilung Finanzmärkte, *Professor Michael Koetter, Ph.D.*, wurden verschiedene Projekte zum Thema „Challenges to Financial Stability“ präsentiert und im Plenum diskutiert. Die hochkarätige Auswahl an Vortragenden garantierte auch in diesem Jahr eine interessante Konferenz zu wissenschaftlich relevanten Themen im Bereich der Finanzmarktstabilität. Dies ermöglichte einen akademischen Austausch auf höchstem Niveau, mit vielfältigen Einblicken und Erkenntnissen in aktuell diskutierte Fragen der Finanzmarktregulierung und der Stabilität von Banken.

Im Besonderen wurden zu fünf von den Organisatoren ausgewählten Themengebieten jeweils zwei Papiere vorgestellt. Am ersten Tag umfasste dies die Themen *Bankenregulierung und -aufsicht, Banken und Firmen* sowie *Bankenfinanzierung*. Am zweiten Tag folgten Vorträge zu *Banken und Politische Ökonomie* sowie *Regulierung und Risiko im Bankensystem*. Jede Präsentation war gefolgt von einem Korreferat, in dem der Referierende die wichtigsten Punkte sowie den Beitrag der wissenschaftlichen Arbeit zusammenfasste, in dem aber auch kritische Punkte und Verbesserungsmöglichkeiten genannt wurden.

Als Keynote Speaker konnte dieses Jahr *Professor Dr. Steven Ongena* von der Universität Zürich gewonnen werden. Sein Vortrag thematisierte die Frage, inwieweit ein kontrazyklischer Kapitalpuffer die Zusammenstellung der Kreditvergabe beeinflusst. Um diese Fragestellung zu analysieren, verwenden die Autoren Daten der schweizerischen Nationalbank zum Kreditportfolio von Banken. Die Schweiz eignet sich besonders gut für diese Analyse, da der kontrazyklische Kapitalpuffer als Bestandteil von Basel III dort bereits zu einem frühen Zeitpunkt aktiviert wurde.

Die Konferenz wurde von Teilnehmerinnen und Teilnehmern internationaler Organisationen wie der Europäischen Zentralbank, der De Nederlandsche Bank,



Professor Dr. Steven Ongena während seines Keynote Speechs.

Foto: IWH.

der Bank of Canada, der Bank of England oder des Internationalen Währungsfonds in Washington, D.C. als auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern von Universitäten weltweit bestritten. So konnten unter anderem Forschende der Frankfurt School of Finance & Management, der Tilburg University, der Ecole des Hautes Etudes Commerciales (HEC) in Paris, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der KU Leuven in Belgien wie auch der Rotterdam School of Management in den Niederlanden gewonnen werden. 



Lena Tonzer, Ph.D.

Abteilung Finanzmärkte

[Lena.Tonzer@iwh-halle.de](mailto:Lena.Tonzer@iwh-halle.de)

## 13. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik – ein Tagungsbericht

Mario Bossler, Eva Hank

Mit dem Schwerpunkt „Lohn- und Einkommensungleichheit – Ausmaß und Entwicklung, Ursachen und Konsequenzen“ hat der diesjährige Workshop zur Arbeitsmarktpolitik, der traditionell gemeinsam vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veranstaltet wird, erneut ein wirtschaftspolitisch aktuelles Thema behandelt. Es handelte sich um den 13. deutschsprachigen Workshop dieser Art, der am 22. und 23. September am IWH in Halle (Saale) veranstaltet wurde.

Das Thema Lohn- und Einkommensungleichheit ist ein politökonomisches Dauerthema. Als Erklärung für die seit den 1990er Jahren steigende Lohnungleichheit in Deutschland werden in der öffentlichen Debatte oft der technologische Wandel, zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck sowie institutionelle Veränderungen am Arbeitsmarkt genannt. Der Keynote-Vortrag von *Professor Bernd Fitzenberger, Ph.D.*, Humboldt-Universität zu Berlin, hat die bisherige empirische Evidenz des zweifelsfreien Anstiegs in der Lohnungleichheit dargestellt und ging dabei insbesondere auf mögliche Erklärungsfaktoren ein. Entgegen der gängigen Meinung tragen die oft genannten institutionellen Faktoren, also der Rückgang in der Tarifbindung und die Hartz-Reformen, nicht im erwarteten Maße zur Erklärung der steigenden Lohnungleichheit bei. Vielmehr ist die Diskrepanz zwischen gut und schlecht bezahlenden Betrieben über die Zeit angestiegen. Als weiterer wichtiger Erklärungsfaktor auf individueller Ebene zeigt sich, dass ein immer größerer Anteil der Verlierer auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile nur noch einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht.

Bei der Bekämpfung der Lohnungleichheit werden große Hoffnungen in die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns gesetzt. Jedoch betrifft der Mindestlohn nur den untersten Bereich der Lohnverteilung und kann deshalb auch nur begrenzt der Lohnungleichheit entgegenwirken – zumal aus dem Vortrag von *Dr. Mario Bossler* klar wurde, dass ein Mindestlohn nicht beliebig hoch angesetzt werden kann, da dieser dann auch nennenswerte Beschäftigungsverluste nach sich ziehen würde.

Ein weiterer traditioneller Schwerpunkt des Workshops besteht darin, Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland aufzuarbeiten. So zeigt sich erstaunlicherweise, dass Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen im Westen sehr viel stärker ausgeprägt sind als im Osten. Dies liegt wohl vor allem daran, dass die Männer in den westdeutschen Bundesländern durchschnittlich sehr viel höhere Löhne verdienen als im Osten. Weiterhin zeigte ein interessanter Befund aus dem Vortrag von *Professor Dr. Nicole Gürtzgen*, dass eine niedrige Entlohnung auf dem Arbeitsmarkt der DDR kaum einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Niedriglohnbeschäftigung im vereinigten Deutschland der 1990er Jahre hatte. Zur Erforschung solcher Zusammenhänge ist die der Wissenschaft zur Verfügung stehende Datenbasis elementar wichtig. So wurden in unterschiedlichen Vorträgen des Workshops die Verdienststrukturerhebung, das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und die Administrativen Erwerbsbiographien des IAB verglichen. Während jeder dieser Datensätze eigene Stärken aufweist, gibt es jedoch auch Unterschiede in der Erfassung von Löhnen, Arbeitszeiten und den unterschiedlichen Erwerbsformen. Solche Diskrepanzen sollten in wissenschaftlichen Auswertungen transparent offengelegt werden. Per se können einzelne Datenquellen jedoch nicht als grundsätzlich wahrhaftig oder fehlerbehaftet deklariert werden. 



Dr. Mario Bossler

IAB,  
Abteilung Betriebe und Beschäftigung

[Mario.Bossler@iab.de](mailto:Mario.Bossler@iab.de)



Eva Hank

Abteilung Strukturwandel und  
Produktivität

[Eva.Hank@iwh-halle.de](mailto:Eva.Hank@iwh-halle.de)

## Diskussionspapiere

### Does Administrative Status Matter for Urban Growth? Evidence from Present and Former County Capitals in East Germany

Public sector activities are often neglected in the economic approaches used to analyze the driving forces behind urban growth. The institutional status of a regional capital is a crucial aspect of public sector activities. This paper reports on a quasi-natural experiment on county towns in East Germany. Since 1990, cities in East Germany have demonstrated remarkable differences in population development. During this same period, many towns have lost their status as a county seat due to several administrative reforms. Using a difference-in-difference approach, the annual population development of former county capitals is com-

pared to population change in towns that have successfully held on to their capital status throughout the observed period. The estimations show that maintaining county capital status has a statistically significant positive effect on annual changes in population. This effect is furthermore increasing over time after the implementation of the respective reforms.

---

Bastian Heider, Albrecht Kauffmann, Martin T. W. Rosenfeld: Does Administrative Status Matter for Urban Growth? Evidence from Present and Former County Capitals in East Germany. *IWH Discussion Papers No. 24/2016*. Halle (Saale) 2016.

### The Forward-looking Disclosures of Corporate Managers: Theory and Evidence

We consider an infinitely repeated game in which a privately informed, long-lived manager raises funds from short-lived investors in order to finance a project. The manager can signal project quality to investors by making a (possibly costly) forward-looking disclosure about her project's potential for success. We find that if the manager's disclosures are costly, she will never release forward-looking statements that do not convey information to external investors. Furthermore, managers of firms that are transparent and face significant disclosure-related costs will refrain from forward-looking disclosures. In contrast, managers of opaque and profitable firms will follow a policy of accurate dis-

closures. To test our findings empirically, we devise an index that captures the quantity of forward-looking disclosures in public firms' 10-K reports, and relate it to multiple firm characteristics. For opaque firms, our index is positively correlated with a firm's profitability and financing needs. For transparent firms, there is only a weak relation between our index and firm fundamentals. Furthermore, the overall level of forward-looking disclosures declined significantly between 2001 and 2009, possibly as a result of the 2002 Sarbanes-Oxley Act.

---

Reint E. Gropp, Rasa Karapandza, Julian Opferkuch: The Forward-looking Disclosures of Corporate Managers: Theory and Evidence. *IWH Discussion Papers No. 25/2016*. Halle (Saale) 2016.

### Losing Work, Moving Away? Regional Mobility After Job Loss

Using German survey data, we investigate the relationship between involuntary job loss and regional mobility. Our results show that job loss has a strong positive effect on the propensity to relocate. We also analyze whether the high and persistent earnings losses of displaced workers can in part be explained by limited regional mobility. Our findings do not support this conjecture as we find substantial long lasting ear-

nings losses for both movers and stayers. In the short run, movers even face slightly higher losses, but the differences between the two groups of displaced workers are never statistically significant. This challenges whether migration is a beneficial strategy in case of involuntary job loss.

---

Daniel Fackler, Lisa Rippe: Losing Work, Moving Away? Regional Mobility After Job Loss. *IWH Discussion Papers No. 26/2016*. Halle (Saale) 2016.

## Diskussionspapiere

### Plant-level Employment Development before Collective Displacements: Comparing Mass Layoffs, Plant Closures, and Bankruptcies

To assess to what extent collective job displacements can be regarded as unanticipated exogenous shocks for affected employees, we analyze plant-level employment patterns before bankruptcy, plant closure without bankruptcy, and mass layoff. Utilizing administrative data covering all West German private sector plants, we find no systematic employment reductions prior to mass layoffs, a strong and long-lasting reduction prior to closures, and a much shorter shadow of death preceding bankruptcy. Our analysis of worker flows underlines

that bankruptcies seem to struggle for survival while closures follow a shrinking strategy. We conclude that the scope of worker anticipation of upcoming job loss is smallest for mass layoffs and largest for closures without bankruptcy.

---

Daniel Fackler, Steffen Müller, Jens Stegmaier: Plant-level Employment Development before Collective Displacements: Comparing Mass Layoffs, Plant Closures, and Bankruptcies. *IWH Discussion Papers No. 27/2016*. Halle (Saale) 2016.

### Who Buffers Income Losses After Job Displacement? The Role of Alternative Income Sources, the Family, and the State

Using survey data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), this paper analyses to what extent alternative income sources, reactions within the household context, and redistribution by the state attenuate earnings losses after job displacement. Applying propensity score matching and fixed effects estimations, we find high individual earnings losses after job displacement and only limited convergence. Income from selfemployment slightly reduces the earnings gap and severance payments buffer losses in the short run. On the household level, we find substantial and rather persistent losses in per capita labour income. We do

not find that increased labour supply by other household members contributes to the compensation of the income losses. Most importantly, our results show that redistribution within the tax and transfer system substantially mitigates income losses of displaced workers both in the short and the long run whereas other channels contribute only little.

---

Daniel Fackler, Eva Hank: Who Buffers Income Losses After Job Displacement? The Role of Alternative Income Sources, the Family, and the State. *IWH Discussion Papers No. 28/2016*. Halle (Saale) 2016.

## Veranstaltungen

Montag, 5. Dezember 2016 bis Dienstag, 6. Dezember 2016, IWH, Halle (Saale)

### 17<sup>th</sup> IWH-CIREQ-GW Macroeconometric Workshop: Inequality, Micro Data and Macroeconomics

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners. We invite applied and theoretical papers dealing with time series and business cycles, international macroeconomics and inequality. Papers that explicitly cover the linkage between micro data and macroeconomics are particularly welcome.

#### Keynote Speakers:

[Stefania Albanesi](#) (Ohio State University)

[Winfried Koeniger](#) (University of St. Gallen)

Donnerstag, 23. März 2017 bis Samstag, 25. März 2017, Halle (Saale)

### 22<sup>nd</sup> Spring Meeting of Young Economists

The Halle Institute for Economic Research (IWH)–Member of the Leibniz Association, and the Martin Luther University Halle-Wittenberg are organising the 22<sup>nd</sup> Spring Meeting of Young Economists to be held in Halle (Saale), Germany from March 23<sup>rd</sup> to 25<sup>th</sup>, 2017.

#### Keynote Speakers:

[Ernst Fehr](#) (University of Zurich)

[Jordi Galí](#) (CREI, Universitat Pompeu Fabra, Barcelona GSE)

[Barbara Rossi](#) (CREI, Universitat Pompeu Fabra, Barcelona GSE)

[Uwe Sunde](#) (Ludwig-Maximilians-Universität Munich)



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller  
Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld

### Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning  
Layout und Satz: Ingrid Dede  
Tel +49 345 7753 738/721  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle,  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 4,50 Euro,  
Jahresbezug 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © Sergey Ryzhov – Fotolia.com

Druck: Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG  
Wirtschaft im Wandel, 22. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. November 2016

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (online)